



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 11. Dezember 2019

Von Wolfgang Liedtke

Die Dezembersitzungen des Grossen Gemeinderates haben eine längere Dauer als die anderen Sitzungen, muss doch das Budget des kommenden Jahres beraten und verabschiedet werden. Ausserdem gibt es eine Ausserordentliche Fragestunde, was nichts anderes bedeutet als dass sie umfangreicher ist (was sie aber dieses Mal mangels Fragen nicht werden sollte).

Unter dem Traktandum „Mitteilungen“ wurde das Parlament zunächst vom Präsidenten darüber informiert, dass es am 7. November eine Jugendparlamentssitzung mit Schülern der Schule Werd gegeben habe. Es lägen auch bereits Anfragen von anderen Schulen aus Adliswil und aus anderen Gemeinden des Bezirks vor.

Der Stadtrat nutzte die „Mitteilungen“ deutlicher als sonst zur Image-Verbesserung. So wurde ausgiebig über die Vorzüge der neuen Parkuhren, welche in diversen Leserbriefen nicht gut weggekommen waren, informiert. Anschliessend wurde ein Informationsfilm über die Benutzung der neuen Parkuhren gezeigt, welchen Schüler einer Adliswiler Primarschule gemeinsam mit der Gemeindepolizei produziert hatten. Schliesslich erläuterte Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) die Vorzüge der Chatbox auf der städtischen Webseite, die vor einiger Zeit in der Zürichseezeitung in einer Glosse heftig kritisiert worden war. Renato Günthardt (Ressortvorsteher Soziales, SVP) informierte über die Unterstützung der Charta Sozialhilfe Schweiz durch die Stadt Adliswil.

Ausserordentliche Fragestunde

In der Fragestunde erkundigte sich Bernie Corrodi (FW) über das Ausmass von Wochenendarbeit unter den Beschäftigten der Stadt. Carmen Marty Fässler (Ressortvorsteherin Werkbetriebe, SP) und Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) begründeten die Notwendigkeit von Arbeiten an Samstagen und Sonntagen, teilweise hervorgerufen durch städtische Veranstaltungen, aber auch notwendig im Zusammenhang mit dem Winterdienst und mit Wahlen und Abstimmungen.

Thomas Iseli (FDP) regte die Ausdehnung der Weihnachtsbeleuchtung auf die Zürichstrasse als Einfallsachse nach Adliswil an. Harry Baldegger (FW) erkundigte sich nach dem Stand der Sanierung des Stadthauses Zürichstrasse 12.

Finanz- und Aufgabenplan 2019-2023

Der Finanz- und Aufgabenplan gibt Auskunft über die finanzielle Planung und damit auch über die Planung von Projekten und Beschaffungen für die kommenden vier Jahre. Der Gemeinderat nimmt ihn jeweils zur Kenntnis.

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), Thomas Iseli (FDP), kritisierte erwartungsgemäss die Ankündigung einer möglichen Steuerfusserhöhung ab 2021. Wolfgang Liedtke (SP) versuchte eine Einordnung des Finanz- und Aufgabenplans durch eine Gesamtschau auf die die kommenden Haushalte beeinflussenden Faktoren:

Zunächst möchte ich den Dank der SP-Fraktion an die Verwaltungsangehörigen und an den Stadtrat für den vorgelegten Finanz- und Aufgabenplan aussprechen. ...

Nun zum Inhalt. Die finanzielle Situation der Stadt Adliswil kann man mit den folgenden Aussagen beschreiben:

- 1. In den vergangenen Jahren war die Entwicklung des Haushalts überaus erfreulich. Die Verschuldung konnte in den letzten 10 Jahren um ca. 22 Mio. Franken reduziert werden. Ursachen für diese Entwicklung waren*

- die generell gute Wirtschaftslage,
 - der Zuwachs an nicht-juristischen Steuerzahlern in Adliswil,
 - ausserordentliche Gewinne in Höhe von 15 Mio. Franken durch Liegenschaftsverkäufe und
 - die Verschiebung der durch das Wachstum notwendig gewordenen Investitionen aus unterschiedlichen Gründen in die nahe Zukunft.
2. Die Prognosen für die Zukunft sehen weniger positiv aus, und zwar aus den folgenden Gründen:
- Die Wirtschaftslage ist unsicherer geworden durch internationale Handelskonflikte und durch einen Stillstand bei der Entwicklung des Verhältnisses der Schweiz zur EU.
 - Der tiefe Leitzins der Nationalbank und die dadurch verursachte geringe Teuerung bringen weniger Steuereinnahmen, während viele Kosten der Stadt in einem stärkeren Mass steigen.
 - Die Investitionen in Höhe von 167 Mio. Franken bis 2023 werden die zukünftigen Haushalte der Stadt in den kommenden vier Jahren – wenn denn die Planungen der Bauprojekte so bleiben wie sie sind – stark belasten.
 - Die Klimaveränderung wird in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten zu zusätzlichen Kosten führen. Die Verweigerungshaltung des Stadtrates bezüglich Massnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität kann hieran letztendlich nichts ändern, die Zielsetzungen zu einer verbesserten Klimapolitik werden von aussen kommen.
 - Es ist zunehmend eine Verschiebung der Ausgabenlast der öffentlichen Haushalte von der Bundesebene auf die Kantone und von dort auf die Gemeinden zu beobachten. Beispiele dafür sind die Volksschule und der Sozialbereich, beides Kernaufgaben einer Gemeinde.
 - Der endgültige Wegzug des grössten juristischen Steuerzahlers verzögert sich zwar um ein paar Jahre, wird aber unweigerlich kommen und die Steuereinnahmen höchstwahrscheinlich spürbar verringern.
 - Die Steuervorlage 17 wird zu Mindererträgen führen, die auf 1,7 Mio. Franken geschätzt werden. Zwar sieht der Stadtrat hier Möglichkeiten des Ausgleichs durch den Zuzug weiterer Einwohner wie durch die gute Konjunkturlage. Allerdings ist die Konjunkturentwicklung – wie bereits ausgeführt – sehr unsicher. Zusätzliche Einwohner erfordern auch zusätzliche Investitionen.
 - Durch die ausserordentlich hohen anstehenden Investitionen werden auch bis 2023 die Abschreibungen ansteigen – immer vorausgesetzt, dass die Investitionen nicht verschoben werden.
 - Adliswils relative Steuerkraft liegt oberhalb der Abschöpfungsgrenze für den kantonalen Finanzausgleich. Dies ist einerseits erfreulich, andererseits bedeutet dies, dass unsere Stadt auch in den kommenden Jahren Beiträge für den Finanzausgleich an den Kanton abführen muss.
 - Die bereits angesprochenen Investitionen werden dazu führen, dass das Fremdkapital bis 2023 auf 143 Mio. Franken ansteigen wird. Der Stadtrat argumentiert zwar, dass das derzeit extrem tief liegende Zinsniveau diese Fremdfinanzierungen tragbar macht. Es ist allerdings offen, wie die Zinssituation in fünf oder in zehn Jahren aussehen wird.

Die SP-Fraktion muss dem Stadtrat für die vergangenen Jahre hinsichtlich seiner Finanzpolitik ein überwiegend positives Zeugnis ausstellen. Der Schuldenberg konnte in den letzten 10 bis 15 Jahren abgebaut, die Steuerlast für die Adliswilerinnen und Adliswiler verringert werden. Unsere Stadt scheint grundsätzlich gerüstet zu sein, die ausserordentlichen Investitionen – im kommenden Jahr immerhin 71 Mio. Franken - zu stemmen. Ein weniger gutes Zeugnis müssen wir dem Parlament aussprechen, zumindest der bürgerlichen Mehrheit unseres Parlamentes. Zwar sehen es auch die Sozialdemokraten

als positiv an, wenn der Steuerfuss reduziert werden kann – wir sind genauso froh darüber wie jeder andere, wenn unsere Steuerrechnung tiefer ausfällt. Der Steuerfuss ist aber 2016 und 2017 trotz der bereits beschlossenen Investitionen und entgegen dem Antrag des Stadtrates um insgesamt vier Prozent gesenkt worden. Wir sind nach wie vor der Ansicht, übrigens wie auch der Stadtrat, dass dies kurzsichtig war und in absehbarer Zeit der Steuerfuss notgedrungen wieder heraufgesetzt werden muss, dann wahrscheinlich deutlicher, als es der Fall wäre, wenn die genannten Steuerfussreduktionen 2016 und 2017 nicht oder nicht in diesem Umfang beschlossen worden wären.

Es besteht immer die Tendenz, bei drohenden Haushaltsdefiziten zunächst einmal den Rotstift bei den Ausgaben anzusetzen, wie eben schon vom RPK-Präsidenten angedroht, bevor der Steuerfuss erhöht wird. Dies ist nicht von vorneherein verkehrt, aber es trifft eben dann meistens die Schwachen unseres Gemeinwesens sowie die Schulen und die Kultur. Die SP-Fraktion wird darauf achten, dass eine mögliche negative finanzielle Entwicklung in unserem Haushalt nicht zulasten der Solidarität geht.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wir finden es sehr optimistisch, dass der Stadtrat auf Seite 4 des Finanz- und Aufgabenplans unter dem Titel «Prognose Erfolgsrechnung» Gewinne von ca. 5,8 Mio. Franken aus Grundstücksverkäufen ankündigt. Baurechtsverträge bringen zwar ebenfalls Einnahmen, sogar höhere, aber über einen längeren Zeitraum verteilt. Wir wissen noch nicht, wie die Stimmbürger am 9. Februar entscheiden werden. Aber die Erwähnung dieser Gewinne aus Grundstücksverkäufen verdient nicht die Qualifizierung «Prognose» - es ist wohl eher Wunschdenken, das dahintersteht.

Reto Buchmann (FDP) dagegen unterstützte die Sicht seines Fraktionskollegen, RPK-Präsident Thomas Iseli. Er kündigte den Widerstand der FDP an, sollte der Stadtrat tatsächlich eine Erhöhung des Steuerfusses anstreben. Davide Loss (SP) lobte die transparente Gliederung und die guten Kommentare des Finanz- und Aufgabenplans und erklärte sich mit der Arbeit des Stadtrates zufrieden. Den bürgerlichen Gemeinderäten empfahl er, das Wort «Steuerfuss-Erhöhung» auch in ihr Vokabular aufzunehmen.

Budget 2020

Die Beratung und Verabschiedung des Budgets war das wichtigste Traktandum des Abends. Der RPK-Präsident Thomas Iseli (FDP) beurteilte ausführlich viele Details des Budgets und kritisierte dabei heftig den steigenden Etat des Ressorts Bildung und das Ausmass der geplanten Investitionen der Werkbetriebe. Er bemängelte die Verschiebung von ca. 15 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve bis 2023 und liess durchblicken, dass er stattdessen eine Senkung des Steuerfusses für angemessen hielt. Die RPK empfahl jedoch die Zustimmung zum Antrag des Stadtrates.

Die finanzpolitische Reserve kritisierten auch die anderen Redner der bürgerlichen Seite (Silvia Helbling, FDP; Heinz Melliger, FW; Anke Würli, CVP) und befürchteten einen Verlust an Attraktivität für Adliswil bei einer Steuerfusserhöhung. Daniela Morf (SVP) setzte die Steigerung der städtischen Ausgaben in Bezug zum Einwohnerwachstum und befand, dass die Ausgaben im Verhältnis zum Wachstum der Stadt zu stark stiegen. Sie kritisierte das Fehlen von Indikatoren zum Sparen im Budget. Einig waren sich trotzdem alle Rednerinnen und Redner darin, das Budget und den Antrag zur Beibehaltung des Steuerfusses anzunehmen. Esen Yilmaz (SP) verteidigte die hohen Ausgaben, die das Budget für Bildung und für die Werkbetriebe vorsieht:

Das Budget 2020 prognostiziert einen Ertragsüberschuss von Fr. 4.7 Mio. und ausserordentliche Effekte von Fr. 0.2 Mio.! Die finanzpolitische Reserve wird mit den a.o. Effekten abgebildet und mit Fr. 4.5 Mio. nach HRM2 veranschlagt.

Der Stadtrat beantragt, den Steuerfuss beizubehalten und auf 100% zu belassen. Das Argument hierfür ist eine erfreuliche Bilanzsituation und die mittelfristig positive Entwicklung der natürlichen Steuererträge, welche der Stadtrat jedoch in einer zukünftigen Planung zu ändern wünscht und auf 102% zu erheben. Welche Einflussfaktoren sich in den folgenden Jahren am stärksten durchsetzen und wie sich diese dann auf die Zielsetzungen auswirken,

wird sich in der detaillierten zukünftigen Planung zeigen. Hierbei spielen die geplanten Investitionen der Zukunft eine wesentliche Rolle.

Gehen wir zuerst die Aufwände an; mit einer Erhöhung von knapp 8.1% gegenüber dem BU 2019 ragt das Ressort Bildung heraus, lässt sich jedoch mit dem Wachstum der Schülerzahlen bestens erklären. Diese lassen sich in drei Kostenstellen einteilen: Personal-, Infrastruktur- und Betreuungskosten. Dieser Anstieg hat kalkulatorisch auch wichtige Faktoren, welche vom Ressort Bildung nicht fünfte Ferienwoche des Lehrpersonals, die anhaltende Zunahme der Schülerzahlen, der daraus entstehende Platzbedarf mit neuen Schulgebäuden, welche mit der Erstausrüstung und der bereits beginnenden Abschreibungen sowie Umlagen im Budget sichtbar sind. Bei den Betreuungskosten sind es hauptsächlich die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals für den Lehrplan 21.

Das Resultat dieses Kostenanstiegs lässt auch auf die verpasste Chance des vorherigen Gesamt-Stadtrates zurück zu führen, welcher nicht mutig genug war den heutigen Investitionsstau zu verhindern oder diesen vorauszusehen, eine Aufgabe, die nun in den Händen der heutigen Exekutive und Legislative liegt.

Bei der Sozialen Sicherung werden die Kosten ein wenig gesenkt, im Bereich Verkehr ist der neue Bushof die grosse Investition. Die Werkbetriebe sollen gemäss Budget die geplanten Massnahmen umsetzen und für die Zukunft planen, dessen Investitionsbedarf gross, jedoch verständlich sind.

Insgesamt sind Investitionen von Fr. 71 Mio. geplant. Diese fallen auf folgende Projekte an; Strassen, Wasser, Abwasser, Bushof, Werkhof und das Parkhaus Florastrasse, mit rund Fr. 29 Mio., die neuen Schulhäuser, Umbauten der alten Schulhäuser und die Stadthausenerweiterung, mit rund Fr. 32 Mio.! Die Sanierung des Hallenbades und der Sportanlage Tüfi mit rund 8.6 Mio.!

Nun zur Ertragsseite, hier haben wir mit Fr. 104.9 Mio. Einnahmen gegenüber dem BU 2019 ein Plus von Fr. 8.6 Mio. zu verzeichnen, was sehr erfreulich ist. Da Prognosen in diesem Bereich sehr schwierig und diese grossen Schwankungen ausgesetzt sind, scheint die konservativ budgetiert Steuereinnahme verständlich zu sein.

Stellt man dem Aufwand den Ertrag gegenüber, so lässt sich die Budgetplanung sehen und damit für die Zukunft planen.

An dieser Stelle möchten wir dem gesamten Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit, welche nicht nur die finanzielle Zukunft unserer Stadt beeinflusst, recht herzlich für die wertvolle Arbeit danken.

Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates zur Festsetzung des Budgets 2020.

Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) erläuterte, warum die Einlagen in die finanzpolitische Reserve für die kommenden hohen Investitionen wichtig seien. Das Budget und der unveränderte Steuerfuss wurden schliesslich einstimmig angenommen.

Interpellation Führung und Steuerung Wohnen im Alter

Mit ihrer Interpellation erbaten Silvia Helbling (FDP), Bernie Corrodi (FW) und Thomas Iseli (FDP) vom Stadtrat Auskunft darüber, welche der beiden in Adliswil eingesetzten Rechtsformen *Stiftung* und *gemeinnützige Aktiengesellschaft* für die Alterseinrichtungen hinsichtlich Transparenz der Finanzströme und der Entscheidungen sowie hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten geeigneter sei.

In seiner Antwort erläuterte der Stadtrat, dass durch die Festsetzung des Stiftungszwecks die Handlungsräume für den Stiftungsrat sehr eng seien. Bei einer Aktiengesellschaft hingegen gebe es eine Generalversammlung, gegenüber der alle Handlungen transparent gemacht werden müssten und die Einfluss auf die Entscheidungen nehmen könne. Hinsichtlich der Kontrolle der Finanzströme bestehe aber kein Unterschied zwischen beiden Rechtsformen. Der Stadtrat liess keinen Zweifel daran, dass er der Rechtsform der gemeinnützigen Aktiengesellschaft den Vorzug gebe.

Eine weitere Frage der Interpellanten betraf die Einsitznahme ehemaliger Mitglieder des Stadtrates in den Stiftungsrat der SABA. Der Stadtrat sah darin allerdings kein Problem,

sondern verwies auf die Vorteile aufgrund von sach- und themenbezogenen Erfahrungen und Kenntnissen der ehemaligen Exekutivmitglieder.

In seiner Stellungnahme bemängelte Bernie Corrodi (FW), dass im Laufe der Zeit die Anzahl der im Stiftungsrat einsitzenden Stadträte von ehemals drei auf einen verringert wurde. Er kritisierte ausserdem, dass sich ehemalige Stadträte im Stiftungsrat der SABA einen von aussen nur schlecht kontrollierbaren Machtbereich geschaffen haben. Xheli Etemi beleuchtete in seinem Votum einen Aspekt, der bei der Interpellation und ihrer Beantwortung übersehen wurde:

Wir von der SP-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat für die ausführliche Antwort. Es ist sicher wichtig, dass gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz besteht und dass die Öffentlichkeit über den Stadtrat eine gewisse Kontrolle ausübt. Es wäre aber genauso wichtig, dass die Bewohner bei Sihlsana und SABA gut informiert werden und in Bezug auf sie direkt betreffende Angelegenheiten auch mitbestimmen können. Leider werden diese Aspekte in der Interpellation überhaupt nicht berücksichtigt.

Verabschiedung von Davide Loss (SP)

Die beiden letzten Traktanden (ein Postulat der FDP zur Förderung von E-Trottinetts in Adliswil und eine Interpellation zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln von SP, CVP, Grünen und GLP) wurden angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben. Stattdessen informierte der Gemeinderatspräsident Mario Senn (FDP) über den Rücktritt von Davide Loss aus dem Grossen Gemeinderat. Mario Senn sowie Wolfgang Liedtke (SP) würdigten die politische Arbeit und die Persönlichkeit von Davide Loss und drückten ihr Bedauern über sein Ausscheiden aus.